



Selbstverständnis der Antifaschistischen Linken Freiburg (ALFR)

Wer wir sind und was wir wollen

1. Auflage 2009

© Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR)

Redaktion und Gestaltung: ALFR

Druck: ALFR

www.antifaschistische-linke.de

Wer wir sind und was wir wollen -

Selbstverständnis der Antifaschistischen Linken Freiburg (ALFR)

EINLEITUNG.....	2
1. ANTIFASCHISMUS	3
2. KLASSENKAMPF STATT VATERLAND – FÜR EINE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE.....	9
2.1 KRISENLOGIK	9
2.2 DAS „RETTUNGSPAKET“: SOZIALISIERUNG DER KRISE – PRIVATISIERUNG DES PROFITS	11
2.3 KAPITALISMUS UND KRIEG	12
2.4 DIE NEOLIBERALE WELTORDNUNG UND DER ZWANG ZUM INTERNATIONALISMUS	13
2.5 ANALYTISCHE ABGRÜNDE – DER „ANTIDEUTSCHE“ VULGÄRMARXISMUS	14
3. DIE NIEDERLAGE VON 1989 UND DER SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS	16
4. BÜNDNISPOLITIK	18
5. DER ZUSTAND DER ANTIFA-BEWEGUNG: POP STATT POLITIK – RITUALE STATT REVOLUTION	18

Einleitung

Die Antifaschistische Linke Freiburg (im Folgenden ALFR) geht u.a. hervor aus der Antifaschistischen Aktion Freiburg und wird von den Kräften getragen, deren Faschismus-Analyse sich nicht in der Kenntnis der stetig steigenden Bedrohung durch Neo-Nazis erschöpft, wengleich die Bekämpfung dieser Bedrohung auch für uns höchste Priorität hat.

Doch wie bereits der Sozialphilosoph Max Horkheimer wusste: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“¹, so wissen auch wir, dass jeder, der die Losung „Nie wieder Auschwitz!“ ernst meint, die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zum Ziel haben muss, hat doch die Geschichte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien, Chile, Italien oder Argentinien bewiesen, dass der Faschismus – wie auch die parlamentarische Demokratie - für die Bourgeoisie eine Herrschaftsoption ist, die sie zu ziehen bereit ist, wenn sie sich in ihrer Existenz bedroht sieht.

Natürlich wird kein vernünftiger Mensch diese Wahrheit nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts bestreiten. Umso erstaunlicher ist es, dass sie in Teilen der Linken immer weniger eine Rolle spielt.

Auch wir, Kommunistinnen und Kommunisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, haben die Überwindung dieser Gesellschaftsordnung, Wurzel von Hunger, Ausbeutung und Krieg, zum Ziel.

Wir sehen uns hier in der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus, d.h., es ist nicht eine Utopie oder eine Vision, keine ahistorische Wunschvorstellung, die uns antreibt, sondern das Wissen um die historische Aufgabe unserer Klasse als Totengräber des Kapitalismus.

Die kapitalistischen Krisen, deren Bewältigung zwangsläufig gewaltigere Krisen hervorrufen muss, führen weltweit zu stetig steigender Abscheu für die Herrschaft der Bourgeoisie und die Frage der Revolution bleibt keine Frage mehr nach einer besseren oder schlechteren Gesellschaftsordnung, sondern wird zur Überlebensfrage. Die Tatsache, dass die globale Herrschaft des Kapitals nationale Handelsgrenzen zerschlägt, unterstreicht die Notwendigkeit der Organisierung der revolutionären Kräfte über Ländergrenzen hinweg.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu

¹ Horkheimer, Max, Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung. Studies in Philosophy and Social Science. Herausgegeben von Max Horkheimer. Jahrgang 8. 1939-1940, München 1980, S. 115- 137, S. 115.

verheimlichen.“²

Aus diesem Grund werden wir im Folgenden unsere Analysen, unsere Beweggründe und unsere Verortung innerhalb der revolutionären Linken darlegen. Wir tun dies in gebotener Kürze, denn äußern werden wir uns in Zukunft ohnehin noch oft genug.

Hierfür werden wir nicht auf hohe Rösser steigen, denn wir sind keine Feierabend-Linken, für die Politik zum Hobby verkommen ist. Wir sind – im Gegenteil – davon überzeugt, dass es nötig ist, überall als Revolutionäre zu wirken, den Fortschritt zu erkämpfen und die Angriffe der herrschenden Klasse abzuwehren. Für uns beginnt und endet die Revolution nicht im autonomen Ghetto. Wir kämpfen tagtäglich in Betrieben und Bildungsstätten, in Gewerkschaften und Betriebsräten, auf der Straße und in der politischen Debatte. Mit den Worten der Sozialistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin: Wir wollen „dort stehen, dort kämpfen, wo das Leben ist“³.

1. Antifaschismus

Als am 8. Mai 1945 die militärische Niederlage Deutschlands endlich feststand, war die Bilanz des vom deutschen Faschismus entfesselten Krieges in der Menschheitsgeschichte beispiellos. Etwa 60 Millionen Menschen verloren ihr Leben, davon allein mehr als 25 Millionen Bürger der überfallenen Sowjetunion. Sechs Millionen Juden wurden vergast, erschlagen, erhängt, erschossen. Politische Gegner, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung oder von den Nazis als „asozial“ diffamierte Menschen wurden massenhaft Opfer der faschistischen Herrschaft.

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“⁴

² Marx, Karl – Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx, Karl – Engels, Friedrich, Werke. Band 4, Berlin ¹⁰1990, S. 459- 493, S. 493.

³ Zetkin, Clara, Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist. Aus der Rede auf dem außerordentlichen Parteitag der U S P D in Berlin. 4. März 1919, in: Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften. Band II. Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 1960, 93- 115, S. 112.

⁴ Ansprache und Schwur in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache auf der Trauerkundgebung des Lagers Buchenwald am 19. April 1945, in: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Vierte, völlig neu bearbeitete Auflage, hrsg. v. der

Dieses bekannte Zitat aus dem Schwur von Buchenwald ist auch für uns Antifaschisten nach über 60 Jahren Befreiung vom Faschismus Verpflichtung. Denn die Wurzeln des Nazismus sind im heutigen Deutschland in keiner Weise beseitigt. Nicht nur die personellen Kontinuitäten nach 1945, nicht nur der immer noch erschreckend verbreitete Antisemitismus und Rassismus in der Bevölkerung, nicht nur die neofaschistischen Pogrome und die großdeutsche Besoffenheit, die im Zuge der Konterrevolution von 1989 und 1990 eine wahre Renaissance erlebte, sind hierfür Indizien, sondern auch die Tatsache, dass die ökonomische Basis des Faschismus, nämlich die Kapitalherrschaft, bis heute nicht beseitigt wurde. Das Leugnen des Klassengegensatzes und die Unterordnung der Arbeiter unter die Unternehmer im Interesse der „nationalen Einheit“ sind zentrale Merkmale der Volksgemeinschaftsideologie und der faschistischen Herrschaft.

Die Tatsache, dass der Faschismus von breiten Teilen der deutschen Bevölkerung getragen und unterstützt wurde, steht hierzu nicht im Widerspruch. Der Faschismus unterscheidet sich von der Militärdiktatur ja gerade durch das ideologische Moment und die Tatsache, dass eine Durchdringung der Massen stattfindet.

Voraussetzung für die Festigung des faschistischen Regimes war die weitgehende Vernichtung der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung als inneren Feind und erbittertsten Gegner der Nazi-Herrschaft. Die Folgen sind heute noch spürbar. Die Schwäche der Linken und die mangelhafte Verwurzelung in der Arbeiterklasse sowie die schwache Protestkultur hierzulande im europäischen Vergleich sind auch das Resultat der nahezu vollständigen Vernichtung der Arbeiterbewegung durch das faschistische Regime, eine Bewegung, die dem deutschen Kapital gefährlich zu werden drohte.

Das Bündnis, das die deutsche Bourgeoisie mit der vor allem vom Kleinbürgertum getragenen Nazi-Bewegung spätestens seit Beginn der 1930er Jahre endgültig einzugehen bereit war, war motiviert durch die Aussicht auf die gründliche Ausplünderung Europas und der Welt sowie die Gewissheit, dass der Kampf gegen den Marxismus ein zentrales Moment der Ideologie der Nazis darstellt und die Bekämpfung der Arbeiterbewegung sehr früh auf der Agenda zur „Vereinfachung der Demokratie“ stehen würde. In diesem Punkt finden wir eine handfeste und in ihrer historischen Bedeutung nicht zu unterschätzende Deckungsgleichheit in den Interessen des deutschen Kapitals mit der Programmatik der NSDAP.

Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1983, S. 644- 645, S. 645.

Aus der Eingabe führender deutscher Industrieller, Bankiers und Großagrariern an Reichspräsident Paul von Hindenburg, 19. November 1932:

„Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassegegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schwächen und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

[...] mit größter Ehrerbietung

Dr. Hjalmar Schacht, Berlin (ehem. Bundesbankpräsident)

Kurt Freiherr von Schröder, Köln (Bankier)

Fritz Thyssen, Mülheim (Konzernführer, Schwerindustrie)

Eberhard Graf von Kalckreuth, Berlin (Präs. d. Reichslandbundes)

Friedrich Reinhart, Berlin (Bankier)

Kurt Woermann, Hamburg (Großreeder u. Großkaufmann)

Fritz Beindorff, Hamburg (Großreeder)

Kurt von Eichhorn, Breslau (Bankier)

Emil Helfferich (Großreeder, Hapag)

Ewald Hecker, Hannover (Schwerindustrie)

Carl Vincent Krogmann (Finanzkapital)

Dr. Erich Lübbert, Berlin (Stahlhelmwirtschaftsrat)

Erwin Merck, Hamburg (Handelskapital)

Joachim von Oppen (Großgrundbesitzer)

Rudolf Ventzki, Esslingen/Württ. (Maschinenbau)

Franz Heinrich Witthoefft (Großkaufmann)

August Rosterg, Berlin (chemische Industrie)

Robert Graf von Keyserlingk, Cammerau (Großgrundbesitzer)

Kurt Gustav Ernst von Rohr-Manze (Großgrundbesitzer)

Engelbert Beckmann, Hengstey (Vors. D. Rhein. Landesbank)⁵

⁵ Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagrariern an Reichspräsident von Hindenburg vom

Aus dem Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“, 20. Januar 1934:

„Erster Abschnitt

Führer des Betriebes und Vertrauensrat

§1

Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§2

(1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz gedeckt werden.“⁶

Über Jahrzehnte war die Rolle des deutschen Kapitals als Profiteur, Förderer und Finanzier des deutschen Faschismus unbestritten. Der sicherlich kommunistenunverdächtige Thomas Mann charakterisierte diesen im US-amerikanischen Exil wie folgt: „Was zerstört werden muß, ist die unglückselige Machtkombination, das weltbedrohende Bündnis von Junkertum, Generalität und Schwerindustrie.“⁷ Wer wollte diese Tatsache nach der millionenfachen Versklavung von Zwangsarbeitern, nach der Ausbeutung durch Thyssen, IG Farben, Carl Zeiss etc. bestreiten?

In einem Land, in dem Guido Knopp und Götz Aly als Historiker gelten, ist hingegen alles möglich. Letzterer hat in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ die deutsche Unternehmerschaft gar als Opfer (!) nationalsozialistischen Sozialwahns ausgemacht.⁸ Was für eine Beleidigung aller Opfer der faschistischen Versklavung! Es ist wahrlich zum Kotzen: die Profiteure zu Opfern zu machen – diese Dreistigkeit hat vor Aly kaum jemand besessen. Sein durchschaubarer Versuch, den

19. November 1932, in: Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 7., durchges. und erw. Aufl., Köln 2000, S. 147- 149, S. 148- 149.

⁶ Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 (Auszüge), in: Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 7., durchges. und erw. Aufl., Köln 2000, S. 226- 228, S. 226.

⁷ Mann, Thomas, Schicksal und Aufgabe, in: Mann, Thomas, Reden und Aufsätze 4, Frankfurt am Main 1960 (Thomas Mann. Gesammelte Werke in zwölf Bänden 12), S. 918- 939, S. 928.

⁸ Vgl. Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, ³2005, S. 77- 86.

fortschreitenden Sozialabbau als Vergangenheitsbewältigung zu legitimieren, wurde vom Satiremagazin Titanic mit treffsicherer Polemik wie folgt beantwortet:

„Und so müßet Ihr Krupps und Flicks weiter in bitterster Armut dem Sieg der Alliierten entgegenfiebern, so wie alle Eure Zwangsarbeitersklaven. Wahrlich, Ihr solltet eine eigene Gedenkstätte in Auftrag geben – ein großes Sparschwein mit der Aufschrift: `Denkmal für die vom Hitler-Regime ausgeplünderten und bis aufs Blut gereizten deutschen Kapitalisten, die zwischen 1939 und 1945 draufgezahlt haben oder sogar total leer ausgegangen sind´. Falls das niemand freiwillig errichten möchte, dann versucht es doch abermals mit polnischen und weißrussischen Zwangsarbeitern. Die tun fast alles für Euch, wenn Ihr die SS wieder mitbringt.“⁹

Nun erschöpft sich unsere Vorstellung von Antifaschismus nicht in einem Streit ums Geschichtsbild, das die bürgerliche Klasse in ihrem Interesse zu revidieren versucht, um ihre Rolle im deutschen Faschismus zu verdecken. Auf die tagespolitische Situation bezogen, ist es etwa Aufgabe, die erhellenden Parallelen in den „Reformvorschlägen“ der bürgerlichen Ökonomie und Politik sowie der Unternehmervverbände der 1920er Jahre zu den heutigen aufzudecken, um diese als bloße Formulierungen von Kapitalinteressen zu entlarven.

„Dies gilt z.B. für die Reform des Föderalismus, den Bürokratieabbau, die Schwächung des Tarifvertragssystems bzw. des staatlichen Schlichtungswesens, die Erleichterung von Kündigungen und die Liberalisierung des Ladenschlusses, mit denen man die Wirtschaft bzw. ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stärken wollte, genauso wie für Lohn- bzw. Gehaltssenkungen, unter denen die Binnenkaufkraft zu leiden hatte, und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit.“¹⁰

Was auch heute führende Vertreter des Kapitals selbst von den formalen Grundregeln politischer Entscheidungsfindung der bürgerlichen Demokratie halten, offenbart sich in einem Zitat von Jürgen Schrempp aus dem Jahr 1993, der seinerzeit Vorstandsvorsitzender der Deutschen Aerospace AG sowie Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG war: „Das etablierte Vorgehen, das die politischen Entscheidungen

⁹ Titanic, Deutsche Kapitalisten!, in: Titanic. Das endgültige Satiremagazin 26, 2005, S. 6.

¹⁰ Butterwegge, Christoph, Krise und Zukunft des Sozialstaates. 3., erweiterte Auflage, Wiesbaden 2006, S. 54.

von ihrer Mehrheitsfähigkeit abhängig macht, ist der heutigen Zeit nicht mehr gewachsen.“¹¹

Nicht selten wird das Argument vorgebracht, es mangle heutzutage nicht nur an Beweisen für die offensichtliche Verbindung von faschistischer Bewegung und Kapital, sondern auch am Vorhandensein dieser Verbindung selbst. Außerdem gehe der bürgerliche Staat inzwischen ja mitunter gegen faschistische Gruppierungen vor. Diese Beobachtungen sind auf den Moment bezogen keine falschen. Dennoch sollte man sich hüten, aus ihnen den Schluss zu ziehen, das Bündnis mit dem Faschismus sei für das Kapital keine Option mehr. Dieses hat ja nicht jederzeit ein aktives Interesse am Faschismus. Für das Kapital ist die bürgerliche Demokratie die einfachste und bequemste Möglichkeit, Profit zu erwirtschaften. Aber gerade in Krisenzeiten, wenn der Druck, der auf den Lohnabhängigen lastet, immer stärker wird, die linke Opposition wächst und für die herrschende Klasse gefährlich werden kann, wird der Faschismus zu einer systemerhaltenden Option, da er für eine kompromisslose Politik gegenüber der Linken steht und durch die Intensivierung der Ausbeutung der Lohnabhängigen die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise garantiert.

Zugleich ist es uns Antifaschisten Aufgabe, den Aufbau potentiell bündnisfähiger faschistischer Strukturen schonungslos zu bekämpfen und schon im Keim zu ersticken. Die Parole „Kein Fußbreit den Faschisten“ ist uns praktische Verpflichtung. Wir halten es für wichtig, zu betonen, dass die faschistische Option nicht zwangsläufig über die offene Unterstützung faschistischer Parteien laufen muss. Möglich scheint uns auch das weitere Vortreiben der Transformation der bürgerlichen Demokratie in einen Polizeistaat, der zum Zwecke der präventiven Konterrevolution repressiv nach innen und als Instrument deutschen Expansionsdrangs kriegerisch nach außen in Erscheinung tritt. Die Entwicklung seit dem Angriffskrieg 1939 gegen Jugoslawien ist hierfür mahnendes Anzeichen.

Wir von der ALFR sehen unsere Aufgabe, die Wurzeln des Faschismus für immer zu beseitigen, also auch im Kampf um die klassenlose Gesellschaft. Es muss klar sein,

¹¹ Schrempf, Jürgen E., Entscheidungen sind notwendig, um den Standort zu retten, in: Wirtschaftsstandort – Wissenschaftsstandort Deutschland. Eine Publikation der Karl Heinz Beckurts-Stiftung. Mit Beiträgen von Manfred Erhardt, Hans-Uwe Erichsen, Hans-Albrecht Freye, Rainer Haungs, Peter Hans Hofschneider, Horst König, Paul Krüger, Hans-Jürgen Krupp, Tyll Necker, Jürgen E. Schrempf, Theo Sommer, Josef Vogl, Paul Weissenberg, hrsg. v. Hans Wolfgang Levi – Brigitte Danzer, Stuttgart 1994, S. 33- 39, S. 39.

dass wir uns hier auf die rein materielle Ursachenanalyse des Faschismus beschränken, wobei grundlegende und wichtige ideologische Aspekte und deren Konsequenzen in der Entwicklung des Faschismus ausgeklammert werden. Wir halten die Auseinandersetzung mit diesen Fragen im antifaschistischen Kampf natürlich nichts desto trotz für unerlässlich.

Viele Merkmale der hiesigen Gesellschaftsordnung, wie die „Flüchtlingspolitik“, die Selektion in Menschen, „die uns nutzen“, und Menschen, „die uns ausnutzen“, die Standortkeule, also die Forderung nach Bescheidenheit im Arbeitskampf im „nationalen Interesse“, Sozialabbau, aggressive Außenpolitik sowie repressive Innenpolitik, müssen Gegenstand antifaschistischer Kritik sein, will man keinen Antifaschismus betreiben, der so reduziert ist, dass er den Namen nicht mehr verdient. Denn all dies - Leistungszwang, Konkurrenzdruck, Verwertungslogik usw. - schafft ein gesellschaftliches Klima, in dem die Faschisten mit ihrer Hetze auf fruchtbaren Boden stoßen können.

Doch wollen wir auch keine Missverständnisse aufkommen lassen: die stärkere Fokussierung auf revolutionäre Politik wird keinesfalls zu einer Vernachlässigung unserer antifaschistischen Praxis führen. Für die Faschisten in der Region ist die Gründung der ALFR eine schlechte Nachricht. Die Kontinuität unseres Kampfes gegen die faschistische Bestie ist nach wie vor gewährleistet.

Nazis, passt bloß auf!

2. Klassenkampf statt Vaterland – Für eine revolutionäre Perspektive

2.1 Krisenlogik

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“¹²

¹² Marx – Engels, a.a.O., S. 468.

Allein dieser kleine Absatz beweist, dass die Fähigkeit zum Prognostizieren bei den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus stärker ausgeprägt war, als bei jeder beliebigen Ratingagentur.

Als im Jahr 2000 die Krise der New Economy ihren Höhepunkt erreichte, die Dotcom-Blase endgültig geplatzt war und weltweit massenhaft IT-Fachkräfte dem Stellenabbau anheim fielen, führte dies zu einem nachhaltigen Wegfall der Investitionsbereitschaft in der IT-Branche. Die US-Notenbank reagierte hierauf mit einer Niedrigzinspolitik. Die Folgen sind hinlänglich bekannt: Die Ende 2008 aufgetretene Finanzkrise, die durch die Wechselwirkung mit der Realwirtschaft zu einer Weltwirtschaftskrise ungeheuren Ausmaßes angewachsen ist, erreichte durch die Lehman-Insolvenz lediglich ihren vorläufigen Höhepunkt. Vorausgegangen war das Platzen der Immobilienblase nach großzügiger Gewährung von Subprime-Krediten.

Doch genauso wie Krisenbewältigungskonzepte nach dem Platzen der Dotcom-Blase diese Weltwirtschaftskrise vorbereiten halfen, genauso klar ist auch, dass die Krise der New Economy nicht aus dem Nichts entstanden ist. Je größer die vorausgegangene Konjunktur, desto freier der Fall ins Bodenlose. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre holte die vermeintlichen Tigerstaaten jäh auf den Boden der Tatsachen zurück. Die Liberalisierung der Finanzmärkte hatte nur temporär zu einem Boom des Aktien- und Immobilienmarktes geführt. Dass nach dem Platzen der Immobilienblase die Krise weitestgehend auf Asien begrenzt blieb, hing ausschließlich mit dem bis dato geringen Exportanteil der USA und Europas in Asien zusammen.

Doch auch die steigende Rolle der Hedgefonds, die u.a. durch Leerverkäufe versuchen, Wechselkursrisiken zu vermeiden und die Welt in ein Spekulationsobjekt verwandeln, waren nur der krasseste Ausdruck des Deregulierungswahns im Zuge der neoliberalen Offensive. Dem Spielball Finanzmarkt steht eben kein „vernünftiger“ oder organisierter Kapitalismus gegenüber.

Das Märchen von der „sozialen Marktwirtschaft“, zu der es zurückzukehren gelte, schlucken immer weniger Menschen. Denn die Krisen sind genauso alt wie der Kapitalismus selbst und Produkt dieses Systems. Nach dem Wegfall des sozialistischen Lagers ist ein zynischer Sozialabbau-Wettkampf über Ländergrenzen hinweg ausgerufen worden, in dem die Industrieverbände der jeweiligen Staaten fordernd auf die „günstigeren Investitionsbedingungen“ in den Ländern verweisen, welche die Umverteilung von unten nach oben bereits radikaler, rücksichts- und

schamloser umgesetzt haben. Diese Standorterpressung lässt die Regierungen der kapitalistischen Länder die Forderungen des Kapitals umsetzen. Den politischen Akteuren fehlt es naturgemäß an Interesse, Macht und Willen, das Kapital in die Schranken zu weisen.

2.2 Das „Rettungspaket“: Sozialisierung der Krise – Privatisierung des Profits

Die aktuelle „Verstaatlichungsoffensive“ ist nichts weiter als ein Taschenspielertrick. Beispiel Depfa: Der ehemals staatseigene Betrieb wurde 1989/90 im Zuge der Privatisierungsoffensive in eine AG verwandelt und 2007 von der Hypo Real Estate geschluckt. Durch die Privatisierung wurde die öffentliche Hand um die Gewinne der Folgejahre gebracht. Jetzt trägt sie die Kosten für die Wiederverstaatlichung. Diesen doppelten Verlust scheint sich die Bundesregierung leisten zu können.

Mit dem Verweis auf leere Kassen wurde hingegen die Enteignung der Rentner und Erwerbslosen durch „Maßnahmen“ wie die Anhebung des Renteneintrittsalters, die Nötigung zur privaten Altersvorsorge (die Einführung der Riester-Rente markiert nichts Geringeres als den Einstieg in den Ausstieg aus der staatlichen Rentenversicherung), Hartz IV und Zwangsarbeit (z.B. 1-Euro-Jobs) brutal vollzogen.

Die vermeintliche Verstaatlichungsoffensive entpuppt sich durch die großzügige Entschädigung der Großaktionäre und die schlichte Tatsache, dass es bei einer maroden Bank nichts mehr zu enteignen gibt, als Care-Paket für das Kapital. Alleine in die Hypo-Real Estate flossen nach aktuellem Stand (Februar 2009) bereits 1.200 Euro pro Bundesbürger.¹³ Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie lässt sich ihre Verluste erstatten.

Im Gegenzug leben hierzulande nach Angaben des Kinderreport Deutschland 2007 bereits „schätzungsweise 5,9 Millionen Kinder in Haushalten mit einem Jahreseinkommen der Eltern bis zu 15 300 Euro“¹⁴. Der Bericht ist alarmierend: „Während 1965, auf dem Gipfel des Babybooms, nur jedes 75. Kind unter sieben Jahren zeitweise oder auf Dauer Sozialhilfe bezog, traf dies im Jahre 2006 auf mehr

¹³ Vgl. Welp, Cornelius, Keine Denkverbote bei der Hypo Real Estate (Kommentar am 17.02.2009 auf wiwo.de. Das Portal der WirtschaftsWoche), in: <http://www.wiwo.de/finanzen/keine-denkerbote-bei-der-hypo-real-estate-387729> [17.07.2009].

¹⁴ Borchert, Jürgen, Befunde und Diagnosen zur Kinderarmut in Deutschland, in: Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe, hrsg. v. Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Freiburg im Breisgau 2007, S. 9- 17, S. 10.

als jedes sechste Kind insgesamt zu – mithin rund das 16-fache der Quote von 1965.“¹⁵ Migrantenkinder sind besonders hart betroffen.¹⁶

Diese Zahlen beweisen, dass der Kapitalismus nicht nur für eine Minderheit von Prekarisierten existenzbedrohend ist, sondern große Teile der Bevölkerung auch in den Industrieländern in Armut treibt.

2.3 Kapitalismus und Krieg

Die Auswirkungen der letzten großen Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre sind uns Mahnung und Verpflichtung zugleich, den Kapitalismus und damit die Ursache der großen Mehrheit der modernen Kriege auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern. Hatte die letzte große Weltwirtschaftskrise auch den Aufstieg der Nazis in Deutschland und einen der fürchterlichsten Kriege der Menschheitsgeschichte zur Folge, gibt es auch heute keinen Grund sich zurück zu lehnen, denn die kriegerische Realität ist allgegenwärtig.

Der Kampf um Rohstoffe und Ressourcen und der Konkurrenzgedanke sind dem Kapitalismus inhärente Erscheinungen. Dass dieser Kampf auch militärisch ausgetragen wird, wo die politischen Bemühungen ins Leere laufen, bedarf keines Beweises mehr. Schon der preußische General und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz wusste: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“¹⁷.

Profiteure sind längst nicht mehr bloß die mit dem Wiederaufbau betrauten Firmen oder die Waffenindustrie. Von der Privatisierung der Kriege profitieren bereits zahlreiche Sicherheitsfirmen, die mit der Kriegslogistik betraut worden sind. Der Krieg im Irak, der geostrategisch motivierte Krieg in Afghanistan und auch der Jugoslawien-Krieg sind beispielhaft für diese Entwicklung. Neu ist lediglich die propagandistische Umdeutung einer Aggression in eine „humanitäre Intervention“. Um das linksliberale Bürgertum 1999 auf Kriegskurs zu bringen, bedurfte der

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. Walther, Claudia – Klug, Petra, Armut bei Kindern mit Migrationshintergrund, in: Kinderreport Deutschland 2007. Daten, Fakten, Hintergründe, hrsg. v. Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Freiburg im Breisgau 2007, S. 147- 160, S. 147- 148.

¹⁷ von Clausewitz, Carl, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Vollständige Ausgabe im Urtext, drei Teile in einem Band. Neunzehnte Auflage – Jubiläumsausgabe, mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Dr. phil. Werner Hahlweg, Professor für Militärgeschichte und Wehrwissenschaften an der Universität Münster/W.. Mit Titelbild und 7 Tafeln, Bonn 1980 (Dümmlerbuch 8201), S. 210.

deutsche Imperialismus einer bis dato diesbezüglich unbefleckten Kraft: den Grünen! Seinerzeit trat der damalige Außenminister Joseph Fischer mit Sorgenfalten vor die Fernsehkameras und brachte die Widerwärtigkeit fertig, die zweite deutsche Bombardierung Jugoslawiens nach 1943 mit der Absicht zu rechtfertigen, er wolle ein neues Auschwitz verhindern. Die in Auschwitz ermordeten Menschen konnten sich gegen diese Vereinnahmung für die neuen deutschen Kriegsziele nicht mehr wehren.

2.4 Die neoliberale Weltordnung und der Zwang zum Internationalismus

Das Bestreben des Kapitals, den Weltmarkt zu erobern, führt zwangsläufig zum Wegfall nationaler Grenzen. Der im Zusammenhang mit der neoliberalen Offensive, also der Deregulierung des Waren- und Kapitalverkehrs, dem Abbau von Handelsgrenzen sowie dem systematischen Sozialabbau entstandene Begriff „Globalisierung“ drückt nichts anderes aus, als die von Karl Marx und Friedrich Engels bereits vor 160 Jahren festgestellte und auf der Hand liegende Tatsache, dass „[d]as Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte [...] die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel“¹⁸ jagen lässt.

Der Reformismus jedoch mag keine Gesetzmäßigkeit in dieser Entwicklung erkennen. Da er sich einer historischen und materialistischen Analyse verweigert, will er dem „enthemmt“ Kapitalismus den Fordismus vergangener Zeiten gegenüber stellen und erhofft sich von der Rückkehr zum Protektionismus und zur Nationalstaatlichkeit einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz.

Für uns gilt jedoch: Vor allem anderen kommt das Bekenntnis zum Internationalismus und die Gewissheit, dass die Arbeiterklasse kein Vaterland hat. So sehr es auch richtig ist, dass die Arbeiterklasse eines jeden Landes natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden muss, hat sie nur eine Chance, wenn sie ihre auf nationaler Ebene ausgetragenen Kämpfe in einen internationalen Zusammenhang stellt. Da das Kapital international agiert, muss sich auch der Klassenkampf globalisieren. Erst wenn die Lohnabhängigen sich nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen und erkennen, dass sich die Grenzen nicht entlang der Hautfarbe, der Nationalität, des Geschlechts, des Alters oder sexueller Präferenzen manifestieren, sondern ausschließlich und mit aller Gewalt zwischen oben und unten verlaufen, erst dann besteht die Chance, die Herrschaft der

¹⁸ Marx – Engels, a.a.O., S. 465.

Milliardäre zu brechen und durch die Herrschaft der Milliarden zu ersetzen. Wir sind davon überzeugt: Die Völker haben ein Bedürfnis nach Frieden. Doch gibt es keinen Frieden ohne Sozialismus und keinen Sozialismus ohne Revolution. Dafür müssen wir die Menschen gewinnen. So einfach ist das und so schwer.

2.5 Analytische Abgründe – Der „antideutsche“ Vulgärmarxismus

Zur Unbrauchbarkeit des Reformismus gesellt sich der Vulgärmarxismus der sogenannten Antideutschen, die zwar eine leise Ahnung von den Sachzwängen des Kapitals zu besitzen scheinen, aber selbst das betreiben, was sie der Linken gerne vorwerfen: verkürzte Kapitalismuskritik (sofern wir ihre durch und durch bürgerliche Argumentation als Kapitalismuskritik durchgehen lassen wollen)!

Mit dem Verweis auf Marx' Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals, in dem er betont, dass der einzelne Kapitalist nicht verantwortlich ist „für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag“¹⁹, verbittet sich der „antideutsche Kritiker“ jede Personifizierung und schreit nach den Persönlichkeitsrechten des Individuums. Hierbei verschweigt er, dass Marx nicht nur dem Kapitalisten zugesteht, von seinem gesellschaftlichen Sein bestimmt zu werden, sondern gleichfalls und ganz besonders dem Proletariat. Genauso wenig wie die Bourgeoisie, haben die unterdrückten Klassen eine Wahl und so weiß Marx, dass sich die Revolution nur in einem „gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“²⁰ manifestieren kann. Und da gesellschaftliche Verhältnisse niemals abstrakt sind, sondern von Menschen bestimmt werden, richten sich die Klassenkämpfe, überall wo sie stattfinden, natürlich auch gegen Personen, da man keine Verhältnisse ändern kann, ohne Machtverhältnisse zu ändern. Marx weiß zwar, dass der einzelne Kapitalist nicht persönlich für das Gesamtsystem verantwortlich ist, mit keiner Silbe jedoch leitet er daraus den Schluss ab, dass man ihn deswegen nicht verjagen müsse.

Der „antideutsche“ Vulgärmarxist ist auf der einen Seite gerne bereit, dem Kapitalisten die Zwangsläufigkeit seines Verhaltens zuzugestehen, dem Proletarier jedoch nicht. Stattdessen schreit der „Antideutsche“: „Barbarei!“, sobald der Klassenkampf Formen annimmt. Die Verbrechen des Kapitals wie Faschismus, Krieg

¹⁹ Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: Marx, Karl – Engels, Friedrich, Werke. Band 23, Berlin ¹⁴1983, S. 5- 802, S. 16.

²⁰ Marx – Engels, a.a.O., S. 493.

oder Ausbeutung werden von „antideutscher“ Seite hingegen nicht als barbarisch benannt, oder – falls doch – zu einer antikapitalistischen Barbarei umgelogen.

Die Argumentation des „antideutschen“ Vulgärmarxisten ist also durch und durch bürgerlich und das kann auch nicht verwundern, wird doch auch sein Bewusstsein vom gesellschaftlichen Sein geprägt. Wir gestehen dem „antideutschen Kritiker“ gerne zu, dass auch er sozial ein Geschöpf der Verhältnisse bleibt, sosehr er sich auch subjektiv gegen sie erheben mag.

Die Feststellung, dass der Verweis auf Persönlichkeitsrechte im Kapitalismus auch nichts weiter als eine systemerhaltende Argumentation sein kann, hat Marx der Bourgeoisie bereits vor über 160 Jahren um die Ohren gehauen:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist.

Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und Freiheit.

Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.

[...] Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt ihr, die Person sei aufgehoben.

Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.“²¹

Doch lassen wir im Folgenden die „Antideutschen“ rechts liegen und widmen uns den Aufgaben der revolutionären Linken im 21. Jahrhundert.

²¹ Marx – Engels, a.a.O., S. 476- 477.

3. Die Niederlage von 1989 und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Mit der Konterrevolution der Jahre 1989 bis 1991 konnte die Bourgeoisie ihre Herrschaft wieder festigen und die Menschheit auf den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückwerfen. Diese Niederlage dient der bürgerlichen Geschichtsschreibung als Totschlagargument für den Sieg des Kapitalismus als dem Ende der Geschichte. Das scheinbare Scheitern des Sozialismus wird gehässig zum Anlass genommen, die Ausgebeuteten daran zu erinnern, dass Widerstand zwecklos ist. Die herrschende Klasse betrachtet die von Marx und Engels gestellte Prognose, wonach der Sozialismus den Kapitalismus ablösen wird, für widerlegt. In ihrem Siegesrausch vergisst sie jedoch, dass das Kapital lediglich einen Etappensieg errungen hat. Wie auch der Kapitalismus nicht von heute auf morgen den Feudalismus ablöste, so hat sich nun gezeigt, dass auch der Sozialismus einen neuen Anlauf brauchen wird.

Der Wegfall des sozialistischen Lagers hatte katastrophale Entwicklungen zufolge, deren Ausmaß jedem vernünftigen Menschen den Atem stocken lässt:

Es dauerte nicht mal 9 Jahre seit der Einverleibung der DDR, bis sich der neue (alte) Kurs des deutschen Imperialismus wieder offenbarte und die Bundeswehr als Teil des NATO-Bündnisses ihren grausamen Kriegseinsatz gegen die jugoslawische Bevölkerung begann. Die im Nachkriegsdeutschland nur mühsam erprobte Zurückhaltung wich der offenen Aggression.

Ein Terror, der sich auch im Inneren des Landes vollzog. Anfang bis Mitte der 1990er Jahre erreichte die faschistische Pogrom-Welle ihren grausamen Höhepunkt. Fünf Menschen wurden in Solingen durch einen Brandanschlag ermordet. Die Polizei schaute seelenruhig zu, als sich in Rostock über mehrere Tage der braune Mob austobte und die Bewohner eines Flüchtlingsheimes in Todesangst versetzte. Ob Mölln, Mannheim oder Hoyerswerda – die Liste ließe sich fortsetzen. Und auch heute erklären die faschistischen Banden ganze Stadtteile zur „national befreiten Zone“.

Verheerend auch die ökonomische Rückwärtsentwicklung und die Zerschlagung des Gesundheitssystems im gesamten Osten: Hatte die DDR seinen Bürgern kostenfreie medizinische Versorgung, ein Recht auf Arbeit und Wohnung, Bildungsmöglichkeiten und Gleichberechtigung garantieren können, so wurden diese Fortschritte rücksichtslos zerschlagen. Mithilfe der „Treuhand“ wurden die DDR-Bürger enteignet. Westliche „Investoren“ fielen mit der Arroganz von Kolonialherren über das Land her und die versprochenen blühenden Landschaften erwiesen sich angesichts der entstehenden verheerenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit rasch als Illusion.

In Russland, einst Vorreiter des sozialistischen Aufbruchs, herrschen heute die Oligarchen, zusammen mit dem orthodox-klerikalen Patriarchat und der Mafia. Die Ukraine sowie die baltischen Staaten stehen vor dem Staatsbankrott. Es kommt zu einer Renaissance des Nationalismus und damit steigt die Kriegsgefahr. Jede Provinz entdeckt ihre „nationale Identität“ und schreit nach Autonomie.

Die Konterrevolution hat die ehemals sozialistischen Länder in die Barbarei gestoßen. Und bei aller Kritik, die an der realsozialistischen Wirklichkeit geübt werden kann und muss, so ist dieser erste groß angelegte Versuch, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer zu beseitigen, zu verteidigen. Gerade in Deutschland und gerade vor dem Hintergrund seiner Geschichte. Mit Abscheu beobachten wir den Siegesrausch der herrschenden Klasse, die Verfolgung von Verantwortungsträgern der DDR. Die „Birthler-Behörde“ muss dicht gemacht, die antikommunistische Hetze gestoppt werden.

Mit Freude verfolgen wir jedoch die Entwicklung des Sozialismus im 21. Jahrhundert und die Stärkung der Linken in Lateinamerika. Die Revolution in Venezuela beweist tagtäglich größte Entschlossenheit im Kampf gegen die Bourgeoisie. Nach und nach werden der herrschenden Klasse sämtliche Industriezweige entrissen und in Gemeineigentum verwandelt. Die Einführung des Sechs-Stunden-Tages wurde angekündigt und das Land den Bauern übergeben. Bei aller Entschlossenheit beweist die Linke Lateinamerikas, dass sie dazu gelernt hat und nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen gedenkt. Sadismus und Willkür, beides eines Kommunisten unwürdige Eigenschaften, haben in Venezuela keinen Platz. Nicht Rache, sondern Fortschritt steht auf der Agenda der Revolution in Venezuela. Und die politische Führung war schlau genug, zu wissen, dass die Revolution mehr als nur eine ökonomische Komponente hat. So hat die Chavez-Regierung als erstes die Rechte der Frauen und Homosexuellen gestärkt und zahlreiche Diskriminierungsparagraphen der alten Gesellschaft ersatzlos gestrichen. Auch die Linksentwicklung in Bolivien sowie der nicht zu brechende Kampfgeist der kubanischen Bevölkerung, die auch 50 Jahre nach der Revolution nicht zulässt, dass die US-Imperialisten sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischen, gibt Anlass zur Hoffnung, dass der nächste große proletarische Aufbruch seinen Anfang genommen hat.

4. Bündnispolitik

Wir, die ALFR, arbeiten mit allen fortschrittlichen Kräften zusammen im Kampf gegen Faschismus, Hunger und Krieg. Wir wollen hierbei keinen marxistischen Kräften „Konkurrenz“ machen, sondern im Gegenteil Schulter an Schulter mit ihnen für die Einheit der Revolutionäre kämpfen. Wir werden hierbei unser eigenes Profil bewahren und auch als Antifa-Gruppe in die gesellschaftlichen Kämpfe eingreifen, sowohl auf regionaler als auch auf bundesweiter Ebene. Die Zusammenarbeit mit linken Parteien und Organisationen, den Gewerkschaften und sozialen Initiativen ist für uns ebenso selbstverständlich wie ein Zusammenwirken mit Kräften der autonomen Linken.

Wir wollen die Spaltung der Linken überwinden und eine soziale Gegenmacht mit entsprechender Schlagkraft aufbauen. Hierfür ist es auch nötig, die Fehler der Linken schonungslos aufzudecken und in die politische Diskussion zu tragen. Denn gerade die autonome Bewegung ist in Freiburg – und nicht nur hier – in einem besorgniserregenden Zustand.

5. Der Zustand der Antifa-Bewegung: Pop statt Politik – Rituale statt Revolution

Die Abkehr vom Klassenstandpunkt hat in breiten Teilen der Antifa-Bewegung geradezu groteske Formen angenommen. Auf der einen Seite beobachten wir den unsäglichen Trend des „Pop-Antifaschismus“, der politische Inhalte auf dem Altar des „postmodernen“ Mainstreams geopfert hat. Die Provokation ersetzt den Gedanken, der inflationäre Gebrauch von Anglizismen täuscht Internationalität vor, erinnert in Wahrheit eher an das Vokabular von Werbeagenturen. Sein politisches Profil besteht aus Parolen wie „Volk abwracken“ oder militärischen Vernichtungsphantasien als Ausdruck vermeintlich besonders radikalen Gehabes.

Auf der anderen Seite beobachten wir das Fortleben eines 80er-Jahre-Autonomismus, der sich mit seiner antiautoritären Verweigerungshaltung selbst an den Rand der Gesellschaft katapultiert und nicht begreift, dass seine Weltflucht nur dazu führen kann, eine Ghettoisierung zu manifestieren, aus der heraus revolutionäre Interventionen völlig chancenlos sind.

Stur an längst überholten Ritualen festhaltend, bedient man sich gerne einer besonders naiven Symbolik, vorzugsweise kleine bezopfte Mädchen, die zur Bandenbildung aufrufen. Fortlaufend Kreativität und Phantasie betonend ist dieses Milieu zur revolutionären Organisierung nicht imstande und verwechselt Subkultur mit Klassenkampf.

Die Erfindung der „Szene“ ist symptomatisch für dieses 80er-Jahre-Überbleibsel, wird doch aus einem bloßen gemeinsamen Konzertbesuch eine gemeinsame Weltanschauung abgeleitet, die in Wahrheit überhaupt nicht existiert.

Die Linke kann erst dann siegen, wenn sie aufhört, in Szenen und beginnt, in Klassen zu denken.

„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“²²

„Sie [die Antiautoritarier; ALFR] fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sei. Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen. Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber den Bourgeois nicht dieser Autorität des bewaffneten Volks bedient hätte? Kann man sie nicht, im Gegenteil, dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?“²³

²² Marx – Engels, a.a.O., S. 475.

²³ Engels, Friedrich, Von der Autorität, in: Marx, Karl – Engels, Friedrich, Werke. Band 18, ⁵1973, S. 305- 308, S. 308.

Wir von der ALFR betreten die Bühne der Geschichte mit einem Zitat der Sozialistin und großartigen Theoretikerin Rosa Luxemburg:

„Eure `Ordnung´ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon `rasselnd wieder in die Höh´ richten´ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein!“²⁴

Antifaschistische Linke Freiburg, Juli 2009

Wir verzichten auf die dichotome Unterscheidung bei generellen Personenbezeichnungen. Dazu möchten wir kurz Stellung nehmen. Schreibweisen, welche die männliche und weibliche Form explizit zum Ausdruck bringen (z.B. Binnen-I-Schreibweise oder das Ausschreiben beider Genera), orientieren sich an der Forderung nach Gleichstellung von Mann und Frau. Durchaus halten wir politische Forderungen, die zum Abbau von derzeitigen Geschlechterungleichheiten zwischen Mann und Frau führen (z.B. Gleichstellung der Löhne), für sehr sinnvoll und fördern ihre Umsetzung. Wir halten es allerdings langfristig für eine Sackgasse, fortwährend auf eine vermeintliche Differenz aufmerksam zu machen und die dichotome Ausprägung von Geschlechtlichkeit zu zementieren. Unserer Meinung hingegen muss zum einen das Geschlecht unwichtig gemacht werden, zum anderen muss die Dichotomie dekonstruiert werden. Daher werden die verwendeten - leider noch männlich konnotierten - Personenbezeichnungen hier als neutrale Beschreibungen verstanden, welche verschiedenste Geschlechterausprägungen umfassen.

²⁴ Luxemburg, Rosa, Die Ordnung herrscht in Berlin, in: Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke. Band 4. August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 533- 538, S. 538.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE



ROTE HILFE MITGLIED WERDEN!

www.rote-hilfe.de

